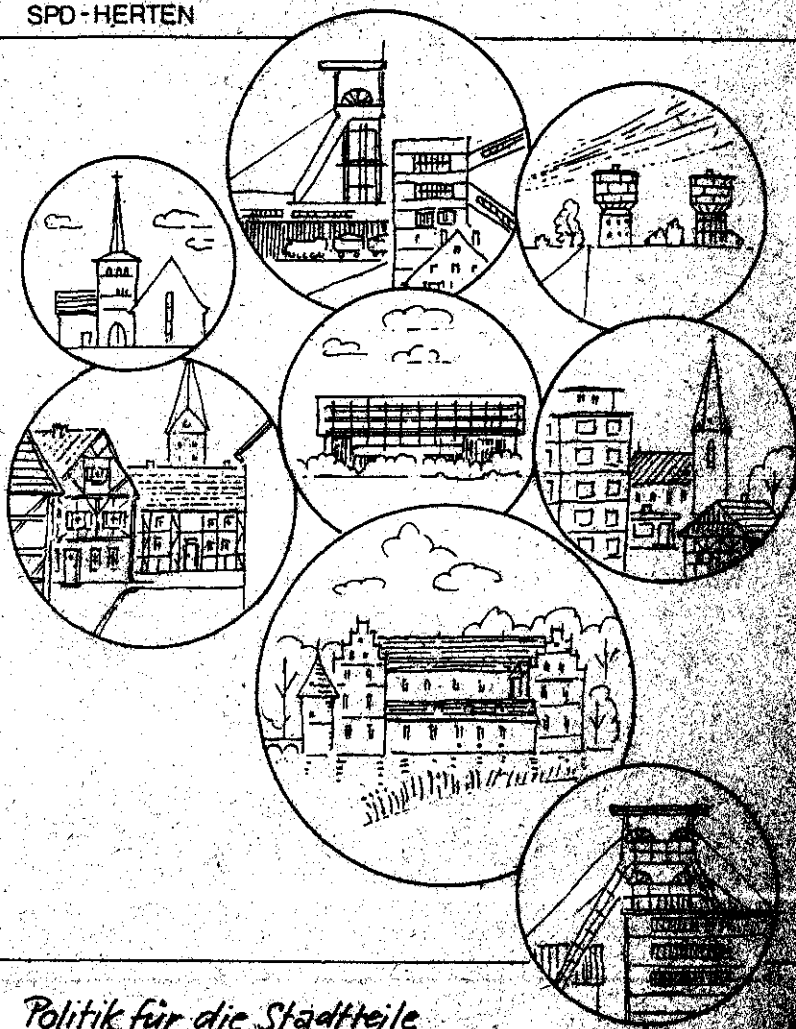


SPD

Kommunalwahl-Programm '90

für die Jahre '84-'89

SPD - HERTEN



Politik für die Stadtteile
Politik für unsere Stadt

FÜR HERTEN EINE GUTE ZUKUNFT!

FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Die Kommunalpolitik der 80er Jahre sieht sich neuen Herausforderungen gegenübergestellt.

Die Arbeitslosigkeit, als deutlicher Ausdruck der wirtschaftlichen Krise, ist das bedrückendste und größte Problem - auch in den Kommunen. Der Schutz der Umwelt, die Bedeutung der Sozialpolitik aufgrund der unsozialen Beschlüsse dieser Bundesregierung und die Rolle der Wohnumfeld-, Freizeit-, Kultur- und Sportpolitik treten in den Vordergrund.

Dem stellt sich die Hertener SPD mit zukunftsweisenden Antworten für Herten und als Gegengewicht zur Rechts-Koalition in Bonn.

In den 35 Jahren, in denen in Herten Sozialdemokraten die Verantwortung von den Bürgern übertragen bekommen haben, hat sich unsere Stadt zu einer lebenswerten, menschenfreundlichen und funktionstüchtigen Mittelstadt entwickelt - man lebt gern in Herten.

Alle notwendigen und fast alle wünschenswerten öffentlichen Einrichtungen sind in Herten vorhanden. Deshalb müssen sich die Schwerpunkte der Kommunalpolitik von der Investitions- und Baupolitik verschieben

- zur kommunalen Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderungspolitik
- zur Kultur- und Freizeitpolitik,
- zur Sozialpolitik,
- zur Umweltpolitik.

Mit dem vorliegenden, vom SPD-Parteitag am 5. Mai 1984 einstimmig verabschiedeten Wahlprogramm 90 sind wir auch für die Zukunft gut gerüstet.

Angesichts der Herausforderung unserer Zeit stellen wir die Solidarische Gesellschaft als Alternative zur Ellenbogengesellschaft, Resignation und Rückschritt ins Zentrum unseres Handelns.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wenn Sie wollen, daß sich in diesem Sinne die Politik in Herten in den nächsten Jahren weiterentwickeln soll, dann benötigen wir dazu Ihre Stimme am 30. September 1984.

Herten, im Juni 1984

Willi Wessel
Stadtverbandsvorsitzender

Bernhard Kasperek
Fraktionsvorsitzender

INHALTSVERZEICHNIS

1. Grundsätze zur Kommunalpolitik für die zweite Hälfte der '80er Jahre
 Schwerpunkte ● Tendenzen ● Probleme
2. Haushalts- und Finanzpolitik
3. Arbeitsmarkt ● Wirtschaftsförderung ● Ausbildungsplätze
4. Städtebau ● Wohnen ● Wohnumfeld ● Stadtteile
 ● Nahversorgung ● Stadtbild
5. Sozialarbeit ● Gesundheit
6. Kultur ● Bildung ● Schulen
7. Freizeit und Erholung ● Bürger, Nachbarn und Vereine
8. Sport
9. Kinder ● Jugend
10. Verkehr ● Umwelt ● Energie
11. Bürgernahe Hilfen und Verwaltung

1. Grundsätze zur Kommunalpolitik

Kommunalpolitik in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wird anders sein als in den 50er und 60er Jahren, weil wir fast alle öffentlichen Einrichtungen bereits geschaffen haben. Unsere Stadt Herten hat sich gut entwickelt.

Die Prioritäten verschieben sich künftig von der Investitions- und Baupolitik:

- zur kommunalen Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderungspolitik
- zur Kultur- und Freizeitpolitik,
- zur Sozialpolitik,
- zur Umweltpolitik.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt dabei eine vorrangige Aufgabe für Bund, Land und Gemeinden.

- Fast alle Gemeinden haben das Problem, ihren Finanzhaushalt bei verminderten Einnahmen und steigenden Sozialausgaben auszugleichen. Auch wir können z. Zt. die laufenden Ausgaben nicht mit den laufenden Einnahmen decken. Wir müssen daher weiterhin den Haushalt konsolidieren und Investitionen zeitlich strecken, ohne uns kaputtzusparen.
- Zweiter Veränderungsfaktor ist die Bevölkerungsstruktur. Den starken, auf den Arbeitsmarkt drängenden Jahrgängen folgen erheblich reduzierte Jahrgänge für Kindergärten und Schulen. Dies gilt jedoch nicht

für die ausländischen Kinder. Die Folgerungen dieser Bevölkerungsentwicklung sind zu untersuchen.

- Neue Technologien und neue Medien drängen in Betriebe und Haushalte und wirken auf den Arbeitsmarkt.

Die Weiterentwicklung der Datenverarbeitung und Informations-Technologie wird zu verstärkter Rationalisierung führen.

Die SPD ist für technischen Fortschritt, wenn er den Menschen hilft.

- Die Zahl der Arbeitslosen ist durch die konservative Bonner Politik weiter angestiegen.

Die Sozialdemokraten müssen gegensteuern. Wir haben der traditionellen Hertener Industrie, dem Bergbau, mit dem Bergehalden-Konzept eine solide Planungsbasis für die Zukunft gegeben. Dadurch haben wir Arbeitsplätze gesichert.

Wir müssen neben der Entwicklung neuer Arbeitsplätze in neuen Industrie-Zweigen auch neue Beschäftigungsformen finden.

Den erfolgreich begonnenen Aufbau von Ergänzungsbetrieben werden wir gezielt fortsetzen. Mittelstandsbetriebe haben die Unterstützung der SPD.

- Im Städtebau vollzieht sich ein Wandel von der Flächen-Sanierung zur behutsamen, erhaltenden Stadterneuerung.

Wir kommen vom Neubau zur Pflege. Die Stadt soll menschlicher gestaltet werden.

Altbau-Wohnungen sind preiswert zu modernisieren und für Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen zu sichern.

- Die Zahl der Sozialhilfe-Empfänger steigt.
Für die wachsende Zahl der Hilfe- und Pflegebedürftigen müssen unsere ambulanten Sozialen Dienste gefestigt werden. Solidarität, soziales Engagement und helfende Nachbarschaft sind gefragt.
- Neben den zentralen, traditionellen Kultur-Angeboten gewinnt die kulturelle Eigeninitiative in den Stadtteilen an Bedeutung. Die Kultur der Eintrittskarten bedarf der Ergänzung durch die Kultur des Selbermachens.
- Die zunehmende Bedeutung der Freizeit erfordert zusätzliche Ideen und Aktivitäten im Wohnumfeld, in den Stadtteilen, in den Vereinen, beim Kulturprogramm und beim Sport. Die zahlreichen Sport- und Freizeitanlagen der Stadt müssen vielfältig genutzt werden.
Der Bürger orientiert sich zunehmend am Stadtteil. Der Wunsch nach wohnungsnaher Bedarfsdeckung sowie Begegnungsmöglichkeiten erfordert eine funktionsgerechte Ausstattung. Der Bürger will sich in seinem Stadtteil wohlfühlen.
- Die Umweltbelastungen haben sich verstärkt. Der Schutz der Natur hat Vorrang. Die Ausdehnung von Siedlungsflächen ins Stadtrand-Grün wird abgelehnt.

Die Sicherung der Abwasser-Beseitigung wird Bestandteil der Umwelt-Politik für die kommenden Jahre.

- Die veränderten politischen Bedingungen fordern eine flexible bürgernahe Verwaltung. Überholte Strukturen sind neu zu organisieren, Hilfe und Beratung müssen Vorrang haben vor "Verwaltung".

Sozialdemokraten erstreben eine solidarische Gesellschaft. Sie gilt es, aufzubauen und zu festigen, damit die Menschen durch gemeinschaftliches Handeln bestehen.

2. Haushalts- und Finanzpolitik

Durch die weltweite Wirtschaftskrise wird auch die Finanzsituation der Gemeinden in mehrfacher Hinsicht belastet.

Einerseits sinken die direkten Einnahmen der Gemeinden und die Zuschüsse von Bund und Land, andererseits steigen Ausgaben der Kommunen (z.B. im Sozialbereich).

Sozialdemokraten haben in Herten dafür gesorgt, daß alle notwendigen und fast alle wünschbaren Einrichtungen dem Bürger zur Verfügung stehen. Dazu war es notwendig, und auch richtig, Kredite in Anspruch zu nehmen. Der Schuldenstand der Stadt Herten bewegt sich in vertretbaren Grenzen. Eine Ausweitung darf nur sehr vorsichtig vorgenommen werden.

Der finanzielle Engpaß aufgrund geänderter wirtschaftlicher Verhältnisse ist mittelfristig zu beheben und der Haushalt wegen der sich wandelnden Aufgaben entsprechend umzustrukturieren. Dabei kommt der Verwaltungseffektivität besondere Bedeutung zu.

Ziel sozialdemokratischer Haushalts- und Finanzpolitik in den nächsten Jahren wird ein weiterhin ausgeglichener städtischer Haushalt sein.

Die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zu Wirtschafts- und Technologieförderung, zur Kultur- und Freizeitarbeit, Hilfe zur Selbsthilfe und Wohnumfeldinvestitionen haben Vorrang.

3. Arbeitsmarkt • Wirtschaftsförderung • Ausbildungsplätze

In Herten ist die Zahl der Arbeitslosen Anfang 1984 auf rund 3.000 angewachsen.

Durch den Einsatz neuer Technologien anstelle menschlicher Arbeitskraft wird sich diese Zahl dramatisch erhöhen, wenn hier nicht gegengesteuert wird.

Der Einfluß der Gemeinden auf den Arbeitsmarkt ist jedoch gering.

Die Sozialdemokraten erwarten einen langfristigen Abbau der Arbeitslosigkeit nur im Zusammenwirken durch

- qualitatives Wirtschaftswachstum,
- Arbeitszeitverkürzung,
- qualifizierende Arbeitsmarktpolitik.

Bund und Land, die Gemeinden, die Unternehmer und die Gewerkschaften müssen zusammenwirken.

Die konventionelle Wirtschaftsförderung, die schon mit Erfolg betrieben wurde, muß verstärkt werden. Ansiedlungswillige Firmen bzw. Unternehmen mit Erweiterungsabsichten sind, v. a. bei der Suche nach geeigneten Gewerbeflächen, zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sind auch neue Werbemaßnahmen zu entwickeln, insbesondere unter Einsatz der neuen Medien.

Das Amt für Wirtschaftsförderung ist über das bisher geleistete Maß hinaus im Interesse der Schaffung von Arbeitsplätzen zu aktivieren und muß

- offensive Kommunikation und Information betreiben,
- den Umgang der Unternehmen mit anderen städtischen Stellen erleichtern und unterstützend begleiten,
- andere städtische Dienststellen mit ihrer Kenntnis der Unternehmen bei Kontakt mit der Wirtschaft unterstützen,
- in enger Zusammenarbeit mit den Technologieberatungsstellen der verschiedenen Träger (Universitäten, IHK, KVR) den ortsansässigen Firmen Serviceleistungen auf dem Gebiet der Technologieberatung (Kontaktvermittlung, Unterstützung bei Aufträgen etc.) anbieten.

Um die Chancen für Ansiedlungen neuer Betriebe zu erhöhen, sind in den kommenden Jahren vorrangig bereits ausgewiesene Gewerbe- und Industriegebiete zu erschließen. Zusätzliche Ausweisungen als Ergänzungen zu vorhandenen Gewerbegebieten sollten nur unter strenger Beachtung unserer Forderung nach Erhalt der Frei- und Grünflächen erfolgen.

Für eine großflächige gewerbliche Nutzung bietet sich das Industriegelände Emscherbruch, nördlich des RZR, an. Ziel muß es sein, dieses Gelände baldmöglichst der gewerblichen Nutzung zuzuführen.

Insbesondere die Ansiedlung mittelständischer und kleinerer Betriebe ist zu fördern. Die SPD unterstützt Handel und Handwerk bei Neugründung oder Weiterentwicklung in der Innenstadt und in den Stadtteilen.

Von großer Bedeutung ist es, daß auch in Herten Unternehmen mit Arbeitsplätzen der Zukunftstechnologien angesiedelt werden. Durch geeignete finanzielle, räumliche und organisatorische Mittel sollte die Stadt Herten innovationsfreudigen Unternehmen die Möglichkeit geben, zukunftssträchtige Produkte zu entwickeln und zu erproben. Bei Erreichung der Marktfähigkeit dieser Produkte, müssen diesen Unternehmen geeignete Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden.

Durch lokale Arbeitsmarktkonferenzen und durch Hilfestellungen seitens der Verwaltung sind Chancen zu aktivieren, Ausbildungs- und Arbeitsplätze, vor allem für Jugendliche und Frauen, zu sichern und zu schaffen.

Dabei ist unter anderem die berufliche Ausbildungsarbeit des Jugenddorfes Westerholt zu unterstützen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatzsituation in Herten in einem Bericht zu analysieren.

4. Städtebau • Wohnen • Wohnumfeld • Stadtteile •
Nahversorgung • Stadtbild

Die Stadtkernsanierung der Hertener Innenstadt steht kurz vor der Vollendung. Sie präsentiert sich jetzt als eine attraktive City mit einem breit gefächerten Angebot der verschiedensten Einkaufsmöglichkeiten, einem guten Angebot an modernem Wohnraum sowie dem nahe gelegenen Schloßpark. Der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Wohnungs- und Städtebaupolitik wird daher in den nächsten Jahren darauf ausgerichtet sein, in den einzelnen Stadtteilen Nahversorgungszentren zu entwickeln und Versorgungsdefizite abzubauen. Die Hertener SPD geht dabei den Weg fort von der großräumigen Flächensanierung zur kleinteiligen Stadterneuerung. Historisch gewachsene, den Ortsteil prägende Bausubstanz ist zu erhalten.

Modernisierung von Wohnungen in Altbaugebieten, flächensparendes Bauen durch ein Baulückenprogramm, Standortsicherung für das Gewerbe bei Abbau der betrieblichen Lärm- und Schmutzmissionen und die Bebauung der Bereiche "Gelände Vestische", "Alte Haldé Disteln" und "Zechengelände Scherlebeck" haben Vorrang.

Die Hertener Sozialdemokraten werden sich weiterhin verstärkt für den Erhalt der landschaftlichen Freiräume einsetzen. Die Ausdehnung von neuen Siedlungsflächen ins Stadtrand-Grün wird abgelehnt.

Wohnung und Wohnumfeld gewinnen für den Bürger in seiner Freizeit zunehmend an Bedeutung.

Die Hertener SPD setzt hierzu für die kommenden Jahre folgende politischen Ziele:

- Schaffung eines humanen Wohnumfeldes mit folgenden Schwerpunkten:
 - ausreichende Spielflächen für Kinder,
 - ein breit gefächertes Freizeitangebot,
 - Grünflächen und Grünverbindungswege in den Wohngebieten,
 - Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung,
 - wohnungsnahes Einkaufen für den täglichen Bedarf.
- Erstellung von Wohnungsneubau unter Berücksichtigung eines Baulückenprogramms.

Förderung von Modernisierungsmaßnahmen für die Altbaubereiche (z. B. Bergbausiedlungen). Wohnungen sind so zu modernisieren, daß Bewohner nicht verdrängt werden und preiswerter Wohnraum erhalten bleibt.

Gestaltung der Ortseingangsstraßenbereiche zur Verbesserung des Stadtbildes.

Für die Ortsteile ist zu fordern:

Langenbochum

- Zügige Bebauung der Kranzplatte, um ein bürgerfreundliches, integrierendes Stadtteilzentrum für jung und alt mit erweiterten Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen.

- Modernisierung des Bergarbeiter-Wohnungsbestandes unter Berücksichtigung des Siedlungscharakters.
- Schließung der Baulücken im Bereich der Mühlenstraße.
- Realisierung des Bauabschnittes "Langenbochumer Straße/ Kronstädter Straße/Reener Straße".
- Bebauung der ausgewiesenen Gewerbeflächen.

Scherlebeck

- Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung eines Bebauungsplanes für das von der LEG erworbene Zechengelände unter Einbeziehung des Gertrudenparks (Ansiedlung von umweltfreundlichen Kleingewerbebetrieben, Wohnungsbau, zusätzliche Einkaufsmöglichkeiten).
- Erweiterung des Gertrudenparks nach Süden und Öffnung nach Osten im Rahmen des Bebauungsplanes.
- Erhalt der Bergberufsschul-Turnhalle.
- Endgültiger Ausbau der Richterstraße als verkehrsberuhigte Zone unter Inanspruchnahme des ehemaligen Tankstellengrundstücks Richterstraße/Jahnstraße. Parkflächen für Kfz sollen möglichst außerhalb der Richterstraße ausgewiesen werden.
- Sanierung des Zechenturmes und der Wassertürme als Wahrzeichen für Scherlebeck und Gesamt-Herten.
- Erhaltung der Struktur der Zechensiedlung über 1988 hinaus.

Disteln

- Priorität haben die Baugebiete "Alte Halde" und "Bruch-

kamp". Die SPD fordert hier ein Nahversorgungszentrum als Treffpunkt Distelns unter Einbeziehung der vorhandenen Fachwerkhäuser. Dieses kleine Zentrum soll für Disteln ein Markenzeichen werden,

- Bebauungspläne für Reitkamp, Snirgelskamp/Kaiserstraße.
- Ausweisung einer Kleingartenanlage im Bereich Marpenstraße, kombiniert mit 50 % Grabeland für die angrenzenden Bewohner als Ersatz für die nicht verwirklichte Kleingartenanlage Reitkamp.
- Ausbau der Verkehrsberuhigung in den Bereichen Sandershof Nord, Schulstraße/Josefstraße und Uhlandstraße.

Paschenberg

- Ausdehnung der Modernisierungsmaßnahmen auf die Altbaubestände.
- Sanierung der Siedlung Friedrichstraße/Knappenstraße/Feldstraße unter Sicherung zumutbarer Mieten.
- Erstellung eines Sanierungskonzeptes für den sogenannten Z-Block an der Feldstraße/Otto-Lenz-Straße.

Mitte-Süd

- Die Modernisierung "Dreieck Kranzplatte" ist zum Abschluß zu bringen.
- Der Neubau der Polizei-Hauptwache muß zügig verwirklicht werden.
- Das Gelände zwischen der Kaiserstraße und Gymnasium ist sinnvoll zu bebauen.

- Die Verkehrsführung im Bereich Schürmannswiese/Brücke Feldstraße ist zu regeln.
- Eine intensive Weiterentwicklung des Hertener Südens ist zu gewährleisten, damit dieser Stadtteil seine Aufgaben den Bewohnern gegenüber erfüllen kann. Die SPD fordert insbesondere:
 - Erstellung eines Nahversorgungszentrums mit einem klar erkennbaren Mittelpunkt. Dabei kommt dem Bürgerhaus mit Räumen für alle Altersgruppen - besonders für Jugendliche - eine besondere Bedeutung zu. Eine Bibliothek, Einrichtungen der VHS und der Musikschule sollen das Angebot des Bürgerhauses bereichern.
 - Die SPD begrüßt den geplanten Bau eines Ärztehauses mit Apotheke.
 - Die Aufstellung und Umsetzung des Bebauungsplanes für das ehemalige Gelände der Vestischen Straßenbahnen hat Priorität. Dabei sollen neben dem Bergarbeiterwohnungsbau und dem allgemeinen sozialen Wohnungsbau auch Eigentumswohnungen errichtet werden.
 - Für die Wohngebiete zwischen Schützen- und Jägerstraße sowie südlich der Wiesenstraße sind Bebauungspläne weiterzuentwickeln bzw. aufzustellen.

Westerholt

- Für den Bereich Geschwisterstraße/Zwischenstraße/Grünstraße ist ein Bebauungsplan aufzustellen, der eine Verdrängung der dort wohnenden Mieter verhindert.
- Das Neubaugebiet "Sickelmannskamp" ist durch Eigenheim-

bebauung nördlich des Sandweges abzurunden.

- Das Gelände an der Brinkstraße/Hertener Straße ist gärtnerisch zu gestalten und zu begrünen.

Bertlich

- Aufstellung von Bebauungsplänen für die alte Zechengärtnererei, alter Steinacker, Gelände an der Bahnhofstraße zwischen Kirche und Haus Heitfeld.
- Der das Wohnbild in Bertlich prägende Siedlungscharakter muß erhalten bleiben.
- Die Kleintierhaltung wird unterstützt und sollte durch unbürokratische Verwaltungsabläufe erleichtert werden.
- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen für folgende Straßen:
Bertlicher Straße (Wallstraße Richtung Polsum),
Egerstraße im Bereich des Kindergartens,
Heinrich-Obenhaus-Straße,
Pestalozzi-Siedlung.

5. Sozialarbeit • Gesundheit

Kommunale Sozialarbeit steht unter starkem Einfluß der Sozialpolitik des Bundes.

Durch die massive Sozialdemontage der konservativen Bundesregierung sowie durch den Rückzug des Staates aus der sozialpolitischen Verantwortung, haben die Kommunen die überwiegenden Lasten der Massenarbeitslosigkeit und der Verarmung breiter Schichten zu tragen. Dieser Umstand wird für Herten durch den drastischen Anstieg der Sozialleistungen, in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt durch die Stadt Herten, in den letzten 3 Jahren von insgesamt 59 % auf 7,1 Mio. deutlich.

Ziel der Sozialpolitik in Herten muß sein:

In konstruktiver Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden ist das vorhandene Angebot an

- ° Altenwohnungen
- ° Altentagesstätten
- ° Begegnungsstätten
- ° Sozialer Dienst
- ° Altenheimen
- ° Altencclubs
- ° Sozialer Hilfsdienst
- ° Essen auf Rädern

usw. weiter zu fördern und bei Bedarf auszubauen.

Insbesondere wird aufgrund der altersmäßigen Entwicklung der Bevölkerung und Zunahme der älteren Menschen über 80

- soweit erforderlich - ein Ausbau der Altenpflegestationen und des sozialen Hilfsdienstes notwendig werden.

Die Träger dieser genannten Einrichtungen werden aufgefordert, ihre Kostenkalkulationen so zu gestalten, daß Menschen, die die Leistungen wie Altenwohnungen, Alten- oder Pflegeheime in Anspruch nehmen, nicht zu Sozialhilfe-Empfängern werden müssen.

Die Situation der Nicht-Seßhaften und Suchtgefährdeten und -kranken ist in Herten unbefriedigend.

In Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen ist die Einrichtung einer Nicht-Seßhaften-Unterbringung und qualifizierten Suchtkranken-Beratung zu verwirklichen.

Im Zuge der Entwicklung zur gemeinde- und familiennahen Versorgung psychisch Kranker, wird das Westfälische Landeskrankenhaus 1985/86 die Betreuung für den Bereich des Kreises Recklinghausen aufnehmen. Das Schloß Herten und der damit verbundene Schloßpark wird dabei - neben seiner Aufgabe als kultureller Veranstaltungsort - gleichzeitig eine Funktion als Sozialzentrum für die Patienten haben.

Bürger, Verbände und Vereine sollen aktiv an der Wiedereingliederung der Patienten in den Alltag, Beruf und Familie mitwirken.

Die SPD Herten fordert und unterstützt die durch den Träger zugesagten Einrichtungen von Begleitmaßnahmen.

Sie erwartet, daß diese Begleitmaßnahmen unverzüglich - nach Aufnahme des Betriebes im Westfälischen Landeskrankenhaus - verwirklicht werden.

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Herten wird folgende Fragen untersuchen und entsprechende Entscheidungen herbeiführen:

1. Altenhilfe

Sind im Hinblick auf die künftige Entwicklung der Altersstruktur der Hertener Bevölkerung genügend qualifizierte Pflegeplätze und ausreichend ausgebaute ambulante Dienste in unserer Stadt vorhanden?

2. Arbeitslose

Welche Maßnahmen sind für die wachsende Zahl der Arbeitslosen durch die Verbände bzw. durch die Stadt eingeleitet bzw. beabsichtigt?

3. Nichtseßhafte

Welche konkrete Förderung ist hinsichtlich der Weiterführung der von der Diakonie aufgenommenen Betreuung von Nichtseßhaften vorgesehen?

4. Psychisch Kranke

Welche ergänzenden Einrichtungen und Dienste sind durch den Kreis oder durch die Wohlfahrtsverbände in unserem Stadtgebiet zur Betreuung psychisch Kranker vorgesehen?

6. Kultur • Bildung • Schule

Kultur und Bildung dürfen weder Luxus noch Privileg sein. Sie müssen jedermann gleichermaßen zugänglich sein. Die Bürger Hertens sollen Kultur mitgestalten und aktiv an ihr teilhaben.

Kulturpolitik muß die Menschen befähigen, ihren Standort in der Gesellschaft zu erkennen, um so ihre Persönlichkeit voll zu entfalten und solidarisch handeln zu können.

Neben dem zentralen Kulturangebot durch die traditionellen Kultureinrichtungen sind die vielfältigen Kulturinitiativen einzelner Bürger und Gruppen in den Stadtteilen zu fördern.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die kulturelle Betätigung von Laien.

Mit der Musikschule, der VHS und dem Schloß gibt es in Hertens hervorragend geeignete Stätten zur kulturellen Betätigung. Diese Möglichkeiten müssen intensiver genutzt werden.

Die verschiedenen Gruppen der Musikschule sollten die Möglichkeit haben, Konzerte in den einzelnen Stadtteilen, sei es bei Stadtteil-, Schul- oder Vereinsfesten, zu geben. Die Leistungen der Schüler dieser Einrichtung verdienen es, einem größeren Kreis Hertener Bürger nahe gebracht zu werden.

Die VHS hat eine wichtige Funktion als Ort der Weiterbildung in vielfältiger Hinsicht. Sie hilft mit, berufliche und schulische Qualifikationen zu erreichen, die dem einzelnen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen nützlich sind.

Darüber hinaus sollte sie ein Forum für Diskussions- und Vortragsabende, Film- und Theatervorführungen sein. Sie kann damit für Herten die Aufgabe als Zentrum der Begegnung mit geisteswissenschaftlichen, politischen und kulturellen Strömungen übernehmen.

Aufführungen von Laienspielgruppen und Schülertheatern sollten hier auch möglich sein.

Im Rahmen der kommunalen Kulturpolitik nimmt die Stadtteilkulturarbeit einen besonderen Rang ein.

Schwerpunkt und Basis sollte die Zusammenarbeit mit Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften sein, in denen bereits wertvolle Arbeit geleistet wird.

Ein Vereinsfest, das offen ist für alle Bürger des Stadtteils, mit einem selbst gestalteten Programm kann z. B. ein wichtiger Bestandteil der Kulturarbeit eines Stadtteils sein.

Vereine oder Ortsgruppen der IGBE könnten ihre Geschichte und Tradition erforschen, darüber eine Ausstellung oder eine Chronik erstellen und diese der Öffentlichkeit präsentieren.

Damit wird die Identität des Bürgers mit seinem Stadtteil gefördert.

Vereine mit verschiedenen Betätigungsfeldern könnten ange-regt werden, gemeinsam Stadtteilsterfe für die Bürger zu organisieren. Sie können damit einen Beitrag leisten für ein intensiveres Zusammenleben der Bürger.

Sie helfen mit, Nachbarschaften und vielleicht Freundschaften zu fördern. Sie können Eigeninitiativen der Bürger anregen.

Kultur wird vor Ort von Bürgern selbst gestaltet und erlebt. Dies ist genauso wichtig wie offizielle Kulturangebote der Stadt.

Für einkommensschwache Bürger soll die Möglichkeit geschaffen werden, an allen städtischen Veranstaltungen (VHS, Musikschule, Bücherei, Kulturring, Jugendamt, Schwimmbäder) kostengünstig teilnehmen zu können.

7. Freizeit und Erholung • Bürger, Nachbarn und Vereine

Die SPD hat in Herten gute und wohnungsnahe Freizeitmöglichkeiten geschaffen und den Zugang zur Natur und Landschaft gesichert. Der Bedarf ist weitgehend gedeckt.

Insbesondere durch die neu geschaffene Freizeitanlage Backumer Tal sind für die aktive Erholung beste Voraussetzungen gegeben. Aber auch der Ruhe und Entspannung suchende Spaziergänger findet im Schloßpark ideale Bedingungen.

Die Nutzung dieser in der Wachstumsphase geschaffenen Freizeiteinrichtungen und Anlagen läßt sich durch Gruppen-Initiative steigern. Durch Gruppen der Vereine, der Nichtorganisierten, aber auch öffentlicher Initiatoren.

Bei weiterem technischen Fortschritt wird die Arbeitszeit abnehmen, die Freizeit wächst weiter. Auch die freie Zeit der älteren Menschen nimmt zu (Frührente, längere Lebenserwartung). Die SPD will dem Bürger, vor allem den noch abseits stehenden einkommensschwachen Gruppen, die Möglichkeit für Kultur und Muße, für Gespräche und Begegnung, für Spiel und Sport schaffen: im Stadtzentrum, aber vor allem auch in den Stadtteilen, wo er wohnt und überwiegend lebt!

Insbesondere die Vereine und andere gesellschaftliche Gruppen in der Stadt können eine vielfältige und intensivere Nutzung der geschaffenen kommunalen Einrichtungen bewirken. Dies gilt auch für die VHS, Musikschule, Büchereien, die vielen Schulen in den Stadtteilen. Dabei hat die Stadt Herten (Kulturausschuß) und die Stadtverwaltung Hilfe zur Selbsthilfe in vielfältiger Weise zu geben. Die Stadtverwaltung hat sich durch Umstrukturierung personell und organisatorisch darauf einzustellen.

Ehrenamtliche Tätigkeit hat einen hohen Stellenwert, insbesondere in der aktiven Rolle der Vereine für das Stadtteilleben. Ehrenamtliche Arbeit hat aber da keine Berechtigung mehr, wo ausgebildete Fachkräfte verdrängt werden und Arbeitsplätze verlorengehen.

Mehr Leben im Stadtteil entsteht durch Schulfeste und Schulsportfeste. Ehrenamtliche Arbeit der Lehrer für Freizeitaktivitäten ist zu fördern und anzuerkennen (z. B. Chöre, Laienspiel, Lehrgärten).

Selbstverwaltung geht von der Idee aus, daß Bürger sich in der Nachbarschaft helfen, gemeinsam kleinere Probleme lösen und auch zusammen feiern. Intakte Nachbarschaften führen Menschen zusammen, sie steigern den Wohnwert und organisieren Selbsthilfe.

Bloßer Konsum öffentlicher Dienstleistungen (z.B. Video/ Fernsehen) schafft keine Nachbarschaft, er lähmt das Zusammenleben in der Familie und Nachbarschaft und macht unzufrieden!

Die Grün- und Waldflächen in Herten sind als Erholungsgebiete zu erhalten und zu pflegen. Der Freizeitwert ist durch Grünverbindungswege zu ergänzen.

Stadtzentren und Stadtteilzentren sind zu aktiven Bürger-Treffs auszubauen. Der Bürger soll sich in seinem Stadtteil wohlfühlen.

Vorschläge für die Stadtteile:

- Westerholt

- Die Fläche zwischen Storcksmährstraße und Annastraße als Erholungs- und Spielfläche nutzen.
- Erhaltung und weitere Nutzung des Hauses "Ringstraße 5".

- Bertlich

- Erhaltung des Erholungsgebietes Telgenbusch, Maßnahmen, die verhindern, daß die Spazierwege durch Reitpferde oder Mopeds zerstört werden.
- Ausgestaltung der Aula in der Glückauf-Schule für eine bessere Nutzung durch die Vereine.

- Langenbochum

- Erhaltung und finanzielle Sicherung des Siebenbür-

ger Hauses als wichtige Einrichtung für das gesellschaftliche Leben in Langenbochum.

- Scherlebeck

- Landschaftsgerechte Wiederherstellung der Blitzkuhle (Rodelberg),
- Erhaltung und Ausbau der Ried als Erholungsgebiet.

- Disteln

- Das Jugendzentrum Nord kann durch Aktivitäten einen kulturellen Beitrag für Disteln leisten (Sportveranstaltungen, Tanz u. ä.). Es ist zu prüfen, inwieweit das Jugendzentrum Nord auch Bürgerhausfunktionen wahrnehmen kann.
- Die Verwaltung sollte mit allen Distelner Vereinen und Gruppen auf der Bürgerwiese ein Distelner Volksfest für Herten organisieren (Kulturausschuß).
- Ein Förderverein "Backum" ist zu gründen, um
 - ° das Fachwerkhaus aufzustellen und Geräte für Spielbetrieb bereitzuhalten,
 - ° darin eine Teestube einzurichten,
 - ° hier einen Streichel-Kleintierzoo anzugliedern,
 - ° einen Lehrgarten durch die Siedlervereine herzustellen,
 - ° Backumer Aktivitäten zu organisieren, auch in der Schwimmanlage "Backum".

- Herten-Mitte/Süd

- Das Bürgerhaus Süd soll den Vereinen und sonstigen Gruppen dieses Stadtteils dienen und ausreichend Raum für Entfaltung und Aktivitäten bieten.
- Der neue Marktplatz im neuen Baugebiet Herten-Süd soll den Stadtteil beleben, er soll Gemeinschaft fördern.

8. Sport

Der Sport gehört zu den wichtigsten Freizeitaktivitäten der Bevölkerung. Er vermittelt Geselligkeit und Selbstbestätigung und dient der Gesundheit.

Wir haben in Herten in allen Stadtteilen zahlreiche Spiel- und Sportflächen und eine überdurchschnittlich große Anzahl von Turnhallen für den sportsuchenden Bürger bereitgestellt.

Eine besondere Bedeutung der Wahrnehmung sportlicher Aktivitäten kommt den Vereinen zu.

Diese Vereinsarbeit wird von der SPD gefördert und unterstützt. Die kostenlose Nutzung der Hertener Sportstätten durch Vereine muß gesichert werden.

Die Hertener Sportstätten stehen auch den Freizeitsportlern weitestgehend zur Verfügung. Insbesondere das neue Freizeitzentrum Backumer Tal bietet für die nicht vereinsgebundenen Bürger vielfältige Betätigungsmöglichkeiten.

Der Schulsport bildet frühzeitig die Grundlage jeder weiteren sportlichen Betätigung. Aus den gegebenen Möglichkeiten ist darauf hinzuwirken, daß die Zusammenarbeit von Schulsport und Vereinssport verbessert wird. Dabei soll die Sportverwaltung initiativ werden und notwendige organisatorische Voraussetzungen, wie z. B. Arbeitsgemeinschaften, schaffen.

- Der Sportunterricht an den Schulen muß ein wesentlicher Teil der Erziehung zum sinnvollen Freizeitverhalten werden. Die Lehrerschaft muß verstärkt auf die Freizeiterziehung im Sport hinwirken. Die Schulaufsicht ist anzuhalten, ihr Augenmerk verstärkt darauf zu richten, ob die Schule ihrem Auftrag zur "Sporterziehung" nachkommt!
- Bei Stellenausschreibungen für Lehrkräfte ist auf die Notwendigkeit des ortsnahen Wohnsitzes hinzuweisen. Bei gleichwertigen Bewerbungen ist dem Bewerber aus Herten der Vorzug zu geben.
- Schülerwettbewerbe innerhalb der Klassen, Schulen und Stadt müssen zur Talentsuche und Talentförderung der Schulen gehören.
- Mitarbeit in der Sportselbstverwaltung soll eine sinnvolle Ergänzung zum Lehrauftrag werden. Päd. ABM-Kräften muß die Möglichkeit gegeben werden, die Zusammenarbeit von Elternhaus, Schule und Vereinen optimal zu gestalten.
- Der Schwimmunterricht muß so intensiviert werden, daß jeder Schüler das Schwimmen erlernt. Das neue Freibad bietet hierzu die besten Voraussetzungen.
- Den Erwachsenen-Bildungseinrichtungen wie VHS, Bildungswerk usw. muß jede Unterstützung gewährt werden, damit die bisher von den Vereinen vernachlässigten Ziel-

gruppen auch im Sportbereich einer sinnvollen Freizeitgestaltung nachgehen können.

Unsere Mitglieder und Funktionäre in den Vereinen sollten mithelfen, auch dort ein Umdenken in der Vereinsarbeit zu erreichen. Die vielen Freizeit-Sportgruppen sind Beweis dafür, daß die Angebote im Vereinssport, aber auch im gesellschaftlichen Miteinander, teilweise an einer großen Gruppe der Bürger vorbeigehen. Wenn es zu keinem Umdenken in den Vereinen kommt, wird bei größerer Freizeit die Vereinsarbeit alten Stils immer mehr ins Hintertreffen geraten.

Für die Stadtteile ist zu fordern:

Langenbochum

Die an der Sportanlage Nord im Bebauungsplan vorgesehene Sportgaststätte ist umgehend zu bauen. Die Verwaltung wird aufgefordert, die zügige Bebauung sicherzustellen.

Scherlebeck

Die derzeitigen Umkleidemöglichkeiten am Jahnsportplatz sind nicht mehr tragbar. Die Scherlebecker Sportler müssen eine zeit- und funktionsgemäße Umkleidegelegenheit erhalten, wie sie bereits in anderen Stadtteilen vorhanden sind.

Disteln

Die großzügige Sportanlage "Über den Knöchel" sollte vielfältiger (z. B. Leichtathletik) genutzt werden.

Paschenberg

Der zweite Paschenbergsportplatz muß renoviert werden.

Bertlich

Hinter der Turnhalle der Glückauf-Schule ist eine kleinere Sportübungsfläche anzulegen.

Der ehemalige Bolzplatz soll in die Gesamtsportanlage integriert werden.

9. Kinder • Jugend

Ziel sozialdemokratischer Kinder- und Jugendpolitik ist es, den jungen Menschen eine Entwicklung zu aktiven, kritischen und verantwortungsbewußten Bürgern zu ermöglichen. Kinder in Eigenverantwortung zu erziehen, ist das Recht und die Pflicht der Familie.

Daher haben die Familien und die heranwachsende Jugend Anspruch auf Schutz und Förderung.

Jugendliche sind in Zeiten von Ausbildungsplatzmangel und hoher Arbeitslosigkeit besonders gefährdet. Deshalb sind zusätzliche Maßnahmen in der offenen Jugendarbeit erforderlich. Kommunalpolitik muß die politische Resignation vieler Jugendlicher auffangen durch Gespräche und Kooperation zwischen den Generationen.

Dieser Prozeß kann nur langsam in kleinen Schritten vollzogen werden. Dieser Zielsetzung dient die Umwandlung des JZW in eine Freizeit- und Begegnungsstätte und die Integration der Jugend in das geplante Bürgerhaus Süd.

Die Jugendarbeit in den Sportvereinen, den Heimen der teiloffenen Tür, in den Gewerkschaften, der Jugendfeuerwehr und vielen anderen Gruppen ist zu unterstützen und zu fördern. Für die Schuljugend hat die Umgestaltung der Schulhöfe zu gleichzeitigen Spielbereichen zusätzliche, ergänzende Spielmöglichkeiten gebracht.

Im Rahmen der "Aktion kinderfreundliche Stadt" sind die

Umweltbedingungen für Kinder in unserer Stadt weiter schrittweise zu verbessern.

Die drohende Schließung von Kindergartengruppen bei den Kindergärten der Kath. Kirchengemeinden ist auf Initiative der SPD durch Engagement der Stadt vermieden worden.

Die SPD wird weiterhin bemüht sein, in der Gesamtstadt für ausreichende Kindergartenplätze zu sorgen.

Verschiebung der Kinderzahlen in einzelnen Stadtteilen werfen dabei allerdings Probleme auf.

Die SPD hat dafür gesorgt, daß der Kindergarten Ringstraße 5 in Westerholt erhalten bleibt. Nach der geplanten Renovierung ist die Nutzung auszuweiten.

Die Spielgruppe in Hertens-Süd ist ein Beispiel für die Integration von ausländischen Kindern und wird von der SPD weiter unterstützt.

Die SPD fordert eine flexiblere Gestaltung der Öffnungszeiten in den Jugendzentren.

Der Kinderspielplatz im Bereich der Langenbochumer Kranzplatte ist entsprechend dem Bebauungsplan zu realisieren. Darüber hinaus soll für Langenbochum im Rahmen der Grundausbildung ein Stadtteilangebot der Musikschule geschaffen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Schwimmhalle der Schule "Unter den Eichen" auch von den anderen Kindern genutzt werden kann.

10. Verkehr • Umwelt • Energie

10.1 Verkehr

Die SPD fordert ein Verkehrsberuhigungskonzept für die Gesamtstadt unter weitestgehender Berücksichtigung der aus den einzelnen Stadtteilen vorliegenden Vorschläge.

Im Zusammenhang mit der Wohnumfeldverbesserung sind anzustreben:

- mehr Rad- und Fußwege,
- Verringerung des Straßenlärms
(Lärminderungsprogramm)
- mehr Verkehrssicherheit,
- Herausnahme des Durchgangsverkehrs aus den Wohngebieten,
- schrittweise Lösung der Probleme des ruhenden Verkehrs.

Der Generalverkehrsplan ist hinsichtlich des Ausbaugrades und seiner Notwendigkeit zu überprüfen.

Die Erhaltung städtebaulicher Qualität hat Vorrang vor dem fließenden Verkehr.

10.2 Umwelt • Energie

Der intensive Ausbau der Fernwärme auf Steinkohlebasis ist voranzutreiben.

Blockheizwerke auf Steinkohlebasis sind im Rahmen

von Nahwärmekonzepten einzurichten.

Der Ausbau und die Erneuerung des Entwässerungsnetzes auf der Grundlage des neu aufgestellten Zentralabwasserplanes ist schrittweise zu realisieren.

Die SPD fordert die Aufstellung eines Lärminderungsplanes.

Die umweltverträgliche Abfallbeseitigung durch die Möglichkeiten des RZR in Hertens-Süd sind weitmöglich auszunutzen. Dabei ist die Energiegewinnung in Form von Fernwärme und Strom zu unterstützen.

Die SPD fordert die Aufstellung eines örtlichen Umweltschutzprogrammes, in dem die Schäden und Gefährdungen für den Hertener Bereich katalogmäßig erfaßt und Maßnahmen zur Beseitigung oder Verhinderung von negativen Umwelteinflüssen entwickelt und konkretisiert werden.

Die von vielen Bürgern gezeigte Bereitschaft zur Einsparung von Energie wird von der Hertener SPD begrüßt. Im Rahmen des Umweltschutzprogrammes soll versucht werden, weitere Energiesparmöglichkeiten aufzuzeigen.

11. Bürgernahe Hilfen und Verwaltung

Da sich die Schwerpunkte von der Investitionspolitik zur Erhaltungs- und Service-Politik verlagern, ist die Verwaltung entsprechend umzustrukturieren.

Auf die veränderten Wertvorstellungen muß die Verwaltung flexibel reagieren.

Dabei muß sie sich noch stärker als bisher an den Bedürfnissen der Bürger vor Ort orientieren. Verwaltung und Bürger müssen Zusammenarbeit praktizieren und üben. Anhörung und Beteiligung der Bürger dient der politischen Vertrauensbildung.

Dabei soll die Verwaltung auch gegenüber staatlichen Sonderbehörden Anwalt der Hertener Bürger sein.

Die Verwaltungsangebote in den Stadtteilen, insbesondere die Bezirksverwaltungsstelle Westerholt, sind zu erhalten und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auszubauen.